

## EDITORIAL

Liebe Leser,

Die mit Spannung erwartete Regierungsumbildung hat in Erzieher- und Fachkreisen für eine große Überraschung gesorgt. Die Entscheidung, die Education Différenciée einem „Ministère aux Handicapés“ zuzuordnen mag aus den unterschiedlichsten Gründen erfolgt sein; glücklich ist sie aber nicht. Auch wenn sich in nächster Zeit für die betroffenen Kinder, Eltern und Berufstätigen in diesem Sektor nichts ändern soll, wie Premier Juncker versicherte, so ist doch die Stoßrichtung falsch. Spontan haben sich nach dem Bekanntwerden dieser Maßnahme 14 Organisationen von Betroffenen, darunter auch die ANCE zusammengesetzt und Unterredungen mit den verantwortlichen Ministern Juncker, Jacobs und Hennicot angefragt. Im Namen der ANCE habe ich den Fax, der auf der übernächsten Seite abgedruckt ist an dieselben Minister geschickt. Eine erste Unterredung mit Premierminister Juncker findet bereits am 6. März statt, mit Familienministerin Jacobs ist eine Unterredung am 13. März geplant.

Es geht dabei um zwei Dinge: Einerseits um die längst fällige Koordination der Dienstleistungen für Behinderte im Rahmen eines nationalen Programms, wie sie u.a. in einem 1993 vom Familienministerium veröffentlichten Dokument „Programme für behinderte Leit“ gefordert wird. Andererseits geht es um die Integration behinderter Kinder in den normalen Schulunterricht, die in der Praxis auf viele Schwierigkeiten stößt.

Als ANCE haben wir uns seit unserer Gründung für die schulische Integration behinderter Kinder eingesetzt. Die zaghaften Versuche unter Minister Fischbach gehen zwar in die gewünschte Richtung, führen jedoch zu einem permanenten Kleinkrieg zwischen Eltern und Schule weil jeder einzelne Fall ausgehandelt werden muß und es an Geld und Fachkräften, vor allem aber an der notwendigen Überzeugung fehlt. Anlässlich einer Weltkonferenz in Salamanca im Juni 1994, an der unsere Regierung bestimmt auch vertreten war wurde ein Dokument verabschiedet, das an Klarheit und Überzeugungskraft in dieser Frage keine Wünsche offen läßt, eine Rarität bei derartigen

Publikationen. Daß behinderte Kinder in die Regelschule eingegliedert werden sollen, ist in diesem Dokument, das immerhin 92 Regierungen und 25 ONGs unterzeichneten, keine Frage; hier wird lediglich versucht ein Aktionsprogramm zur Durchführung einer integrativen Politik vorzustellen. So wird z.B. unter Punkt 23 gefordert: „Die Trennwände zwischen Sonderunterricht und normalem Unterricht sollen niedergerissen werden und eine gemeinsame administrative Struktur soll geschaffen werden“.

Die Entscheidung, die Ediff dem Behindertenministerium zu unterstellen ist dieser Forderung diametral entgegengesetzt. Ich bin der Meinung, **daß die Ediff schlicht und einfach im Unterrichtsministerium „integriert“ werden soll!**

Im Aktionsprogramm von Salamanca wird der Ausdruck „behindert“ oder „handicapé“ bewußt gemieden. Hier wird nur von „special needs“ oder „besoins spéciaux“ gesprochen. Damit wird eine Stigmatisierung vermieden und auch der Tatsache Rechnung getragen, daß zwischen „Normalität“ und „schwerer Behinderung“ ein gewaltiges Spektrum von unterschiedlichen Bedürfnissen liegt, die wenn sie als solche anerkannt sind, auch ein Recht auf adäquate Hilfeleistungen seitens der Gesellschaft mit sich bringen. Zur Zeit müssen Eltern von Kindern mit lern- und Verhaltensstörungen oft weit ins Ausland fahren, um kompetente Hilfeleistungen zu erhalten und sich zusammenschließen um auf ihre Situation aufmerksam machen zu können.

Die ganze Problematik wird natürlich durch die Starr- und Sturheit unseres maroden Schulsystems verstärkt, welches die Schüler an die Programme anpassen will statt umgekehrt. Wo Schule nach absolut dem gleichen Muster abläuft wie vor 80 Jahren, da passen natürlich auch keine behinderten Kinder hinein. Auch in dieser Frage ist die Deklaration von Salamanca sehr klar: Eine optimale Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen ist nur möglich über eine fundamentale Reform der Regelschule.